

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Heike Hänsel, Ulla Jelpke, Gökay Akbulut, Michel Brandt, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Susanne Ferschl, Dr. Gregor Gysi, Dr. André Hahn, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Jan Korte, Niema Movassat, Zaklin Nastic, Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Petra Pau, Tobias Pflüger, Martina Renner, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Friedrich Straetmanns, Dr. Kirsten Tackmann, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Andreas Wagner und der Fraktion DIE LINKE.**

**zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung**

**– Drucksachen 19/26916, 19/27840, 19/27926 –**

**Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am NATO-geführten Einsatz Resolute Support für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Afghanistan**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die NATO ist in Afghanistan gescheitert. Die Sicherheitslage im Land ist nach 20 Jahren ununterbrochener militärischer Intervention und Bürgerkrieg völlig desolat. Ständige Kampfhandlungen lassen eine soziale und ökonomische Entwicklung, wie sie von der internationalen Gemeinschaft seit Jahren zum Ziel erklärt wird, weniger zu als je zuvor. Die humanitäre Situation ist katastrophal, wie die UNAMA-Berichte zeigen: Auch 2020 wurden wieder fast 9 000 Zivilisten getötet. Auch letztes Jahr starben wieder über 10 000 Afghanische Soldaten. Allein im vergangenen Jahr sind laut aktuellen Zahlen von UN-OCHA knapp 380 000 Menschen innerhalb des Landes vor Kämpfen und Gefechten aus ihren Dörfern und Städten geflohen. Über 2,7 Millionen afghanische Flüchtlinge sind weltweit im Ausland registriert. Die Zahl der Menschen, die auf humanitäre Hilfe im Land angewiesen sind, hat sich seit Anfang 2020 von 9,4 Millionen auf 18,4 Millionen verdoppelt.

Die Corona-Pandemie zeigt die gesamtgesellschaftliche Situation wie in einem Brennglas: Eine WHO-Studie schätzt, dass sich bis zu 10 Millionen Afghanen und Afgha-

ninnen mit dem Corona-virus infiziert haben – ohne Aussicht auf nur ansatzweise medizinische Betreuung, denn das Gesundheitswesen des Landes liegt durch die Kampfhandlungen weiter am Boden. 2020 war Afghanistan lt. Global Peace Index das zweite Jahr in Folge wieder das gefährlichste Land der Welt. Trotz dieser verheerenden Entwicklung haben Bund und Länder die monatlichen Abschiebungen nach Afghanistan im Dezember 2020 wieder aufgenommen.

Die Ereignisse des letzten Jahres zeigen: Nichts braucht dieses Land mehr als die Einstellung der Kampfhandlungen, das Ende der NATO-Besatzung und umfassende Friedensverhandlungen, an denen auch die Nachbarstaaten und die afghanische Zivilgesellschaft beteiligt werden müssen. Das von den USA im Vorjahr ausgehandelte Übereinkommen mit den Taliban wird jedoch bereits wieder von der neuen Administration und der NATO in Frage gestellt: Zentrale Abmachungen des Abkommens werden plötzlich uminterpretiert, um die Präsenz der NATO-Truppen verlängern zu können. Der Bruch dieses Abkommens riskiert eine Rückkehr zu weiterer militärischer Eskalation, deren Opfer wieder nur die afghanische Zivilbevölkerung wäre – allein durch eine mögliche Wiederaufnahme der Luftangriffe der USA befürchten Beobachter einen Wiederanstieg der zivilen Opfer um ein Viertel.

Ohne einen Rückzug der NATO-Truppen aus Afghanistan ist keines der Probleme des Landes lösbar. Die Präsenz der NATO-Truppen im Lande war, ist und bleibt eines der wesentlichsten Hindernisse für eine friedliche Entwicklung des Landes. Vor diesem Hintergrund ist eine Verlängerung des Mandats – noch dazu mit einem faktisch unveränderten Mandatstext, der Abzugsvorbereitungen noch nicht einmal erwähnt – inakzeptabel.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Teilnahme der Bundeswehr an der Mission Resolute Support mit Auslaufen des jetzigen Mandats zum Ende des Monats zu beenden,
2. alle Einheiten der Bundeswehr umgehend aus Afghanistan abzuziehen,
3. sich gegenüber den Bundesländern für einen Abschiebestopp in Bezug auf Afghanistan einzusetzen und den Bundesinnenminister zu beauftragen, sein Einvernehmen gegenüber den Bundesländern für eine Aufenthaltsgewährung aus humanitären Gründen für Geflüchtete aus Afghanistan zu erklären und sich für eine entsprechende bundesweite Bleiberechtsregelung einzusetzen.

Berlin, den 23. März 2021

**Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion**